

Hamburg, 27.4.2020

Schule in der Corona Krise – Anstöße und Forderungen der GGG an die Schulen und die Politik

Wir alle stehen vor einer für uns neuen und sehr herausfordernden Situation. Und für uns alle ist es schwierig, unter Abwägung aller Folgen immer die notwendig richtigen Maßnahmen zu treffen. Deswegen war die GGG auch ausgesprochen erfreut über die empathischen und ermunternden Worte des Schulsenators an die engagierten Hamburger Lehrer*innen.

Etliche Umfragen und Erfahrungsberichterstattungen machen deutlich, dass die Schulen des gemeinsamen Lernens zum Teil hervorragende Wege gefunden haben, ihre Schüler*innen zu stärken und zu fördern. Sie konnten dabei auf ihre Kompetenz im Umgang mit heterogenen Lerngruppen, ihre Erfahrungen mit schülerzentrierten Lernansätzen und dem Eingehen auf die individuellen Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes zurückgreifen und diese zum Teil noch weiterentwickeln. Dies bestärkt die GGG in ihrer Überzeugung, dass die Schulen des gemeinsamen Lernens in der Lage sind, mit ihrer Pädagogik der Vielfalt den Zukunftsaufgaben gerecht zu werden.

Stadtteilschulen sind inklusive Schulen. Sie haben sich auf die Fahnen geschrieben, jedem einzelnen Kind und Jugendlichen die individuell bestmöglichen Lernchancen zu öffnen.

Wir erfahren, dass die Krise die soziale Spaltung in der Stadt vertieft und Kinder aus bildungsbenachteiligten Schichten nicht im erforderlichen Umfang Zugang zu den schulischen Angeboten und aufgrund der häuslichen Situation stark beeinträchtigende Möglichkeiten der Bearbeitung hatten.

Dieses vorausgeschickt, möchte die GGG zu den **folgenden vier Themenfeldern** Anregungen geben bzw. Forderungen stellen. Die Lösungen, die jetzt für die schrittweise Rückkehr in die Schule gefunden werden, müssen nicht nur tragfähig bis zu den Sommerferien sein. Es ist davon auszugehen, dass sie über Monate hinweg Geltung haben werden.

Viele der Maßnahmen und Planungen der BSB zur Wiederöffnung der Schulen teilt die GGG.

1. Pädagogik in der Krisenzeit: „Denn wir erfinden unter schwierigen Bedingungen ein neues Schulsystem, und da ist Sorgfalt wichtig“ (Senator Rabe)¹

Wir sehen es ebenso: Es gilt, die Krise und ihre Beschränkungen kritisch konstruktiv zu wenden und nach **alternativen Formen von persönlicher und fachlicher Bildung** in dieser besonderen Situation zu suchen. Gerade deshalb ist nicht nachvollziehbar, warum „alte“ Deutungs- und Handlungsmuster die derzeitigen Lösungen dominieren: Wenn zuerst die Prüfungsjahrgänge, dann die Auslese- und Übergangsjahrgänge (Jahrgang 4 und insbesondere der Jahrgang 6 der Gymnasien) an die Schulen zurückkehren, müssen Schüler*innen anderer Jahrgänge – gerade auch jene in besonderen

¹ am 17.4. in einer Presseerklärung der BSB

Lebenslagen – warten, obwohl wir wissen, wie stark die Krise die Bildungsungerechtigkeit verstärkt.

Es wäre jetzt wichtig auszuwerten, welche positiven lernförderlichen Erfahrungen Pädagog*innen und Schüler*innen mit dem Unterricht zu Hause gemacht haben und welche bedeutsamen Hindernisse aufgetreten sind. Es wäre gut, sichtbar zu machen, was auch die Kinder und Jugendlichen in den vergangenen Wochen geleistet haben. Sie haben vieles bewältigt und das Leben mitgestaltet. Die starke Konzentration auf die Fächer Mathematik, Deutsch und Englisch verkennt, dass gerade jetzt eine ganzheitliche Bildung gefordert ist. **Die Schüler*innen benötigen jetzt ihre Schule auch und besonders als sozialen Ort.** Primär gilt es, Strukturen und Prozesse zu schaffen, die Schüler*innen und Elternhäuser psychisch und sozial entlasten. Das erfahren Schüler*innen durch das Erleben von Gemeinschaft, durch das Teilen von Ängsten und Hoffnungen wie auch durch das kooperative Entdecken ihrer Umwelt und ihre persönlichen Fähigkeiten und Stärken. **In den Mittelpunkt des schulischen Lernens und Lebens gehören nicht nur die kognitiven Anforderungen der Kernfächer, auch musisch-künstlerische, forschende und sportliche Anforderungen sind gerade jetzt wichtig.** Es geht auch darum, **außerschulisches** Lernen zu bestärken, z.B. kulturelle Einrichtungen wie Museen, Konzerthallen, Theater, die der Öffentlichkeit derzeit nicht zugänglich sind, zu nutzen.

Ein zivilgesellschaftliches Engagement, wie vom Grundschulverband vorgeschlagen, wäre für die Schulen sehr unterstützend. Dazu könnten auch Sozialverbände, Jugendverbände usw. mit ins Boot geholt werden.

2. Zur pädagogischen und organisatorischen Gestaltung des schrittweisen Einstiegs in das Schulleben

Gerade jetzt müssen pädagogische Situationen geschaffen werden, die bei allen räumlichen und hygienischen Erfordernissen das intensive Gespräch, die lebendige Auseinandersetzung, auch Bewegung im Klassenraum und kreatives Lernen ermöglichen. Mit der Vorgabe „halbe Klasse“ geht die Behörde in eine richtige Richtung. Zuweilen braucht es aber auch noch kleinere Gruppen (höchstens 6 bis 8 Schüler*innen), um vertieft ins Lernen zu kommen und gleichzeitig Abstand zu wahren. Nöte und Sorgen müssen im Vordergrund stehen dürfen, häusliche Hindernisse und Probleme müssen kompensiert werden. Das braucht Raum und Zeit. Aus unserer Sicht sollten deshalb die Schulen von der Vorgabe halbierte Klassen in Rücksprache mit Schüler*innen und Eltern und konzeptionell begründet abweichen dürfen. Es geht um die Intensität der pädagogischen Beziehungsarbeit, die vor allem jetzt für die Stadtteilschulen konstitutiv ist. Ein besonderes Augenmerk sollte hierbei auf die Schulen mit dem Sozialindex 1 und 2 gelegt werden, deren Schülerschaft ein wenig lernförderliches häusliches Umfeld hat und umso mehr die Unterstützung der Pädagog*innen benötigt. Beim schrittweisen Einstieg in das Schulleben sollten diese Schüler*innen Vorrang haben.

Bei allen zu treffenden Entscheidungen soll aus Sicht der GGG die Abmilderung der derzeit sich zuspitzenden Bildungsbenachteiligung Maßstab des Handelns sein. Nicht jeder braucht gleich viel! Die begrenzten Personalressourcen sollten deshalb so eingesetzt werden, dass dem vorgenannten Grundsatz gefolgt werden kann.

3. Prüfungen – Zeugnisse – Abschlüsse

Um die Personalressourcen im Sinne der oben genannten pädagogischen Erfordernisse besser zu bündeln und zu fokussieren, plädiert die GGG dafür, Prüfungen, Zeugnisse, Klassen- und Schulformwechsel in der bisherigen Form zum Schuljahresende auszusetzen.

3.1. Prüfungen: Hamburg setzt die bundesweiten Vereinbarungen zur Abnahme des Abiturs für die jungen Erwachsenen um. Eine solches Erfordernis gibt es für den ersten und mittleren Schulabschluss nicht. Wir wissen, dass die bildungsbenachteiligten Jugendlichen weitaus schlechter vorbereitet in die Prüfungen hineingehen und die Schere in den letzten Wochen weit auseinander gegangen ist. Die wenigen verbleibenden Schultage zur Vorbereitung werden dies nicht kompensieren können. Mit den Prüfungen werden zudem gerade in den nächsten sechs Schulwochen bis zu den

Sommerferien (so knapp ist die Zeit!) sehr viele Personalressourcen gebunden. Sie fehlen für die wesentliche Aufgabe, die jetzt ansteht – die pädagogische Betreuung der Schüler*innen! Wie vor Einführung der Prüfungen in den 2000er Jahren kann auf Jahresnoten zurückgegriffen werden. Präsentationen, der Situation angepasste schriftliche Arbeiten können ergänzend und zur Notenverbesserung herangezogen werden. **Berlin und NRW haben es in diesen Tagen vorgemacht. Es geht auch ohne Prüfungen!**

3.2. Zeugnisse in der bisherigen Form zum Jahresende entbehren jeglicher pädagogischen Legitimation. Auch würden sie in einem beträchtlichen Ausmaß wertvolle personelle Ressourcen binden. **Wir plädieren dafür, dass mit Ausnahme von Abgangs- und Abschlusszeugnissen auf Jahreszeugnisse in der bisherigen Form verzichtet wird.** Alternativen sind möglich. So könnten an die Stelle von Noten auf der Basis des Halbjahreszeugnisses Berichte der Lehrer*innen als Rückmeldeform an die Schülerinnen und Schüler treten (zum Homeschooling, zum Wiedereinstieg in die Schule bis zu den Sommerferien...). Die Schüler*innen, aber auch die Eltern sollten das Recht haben, die Berichte zu kommentieren und zu ergänzen. So entsteht ein lebendiger Dialog aller Beteiligten, der Selbstreflexion und Selbstwirksamkeit ermöglicht und die derzeitige krisenhafte Situation, insbesondere die häuslichen Situationen, berücksichtigen hilft.

3.3. Verzicht auf Abschulen und Sitzenbleiben: Aus den vorgenannten Gründen sollte auf das Sitzenbleiben vollständig verzichtet werden. Auch die Abschulung vom Gymnasium in die Stadtteilschulen ist nicht angemessen. Es fehlen nicht nur die Grundlagen hierfür, es sollten auch andere pädagogische Prinzipien in dieser krisenhaften Zeit für Kinder und Jugendliche im Vordergrund stehen. Leistungsdruck und Angst dürfen in den nächsten Wochen und Monaten nicht den Unterricht und das Leben der Schüler*innen bestimmen, nur um die herkömmlichen Übergänge im Bildungssystem in der hergebrachten Form zu sichern. **Andere Bundesländer, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und NRW haben bereits entschieden, dass es anders sein soll. Sie verzichten auf das Sitzenbleiben und auf Entscheidungen zum Schulformwechsel.**

4. Vertrauen in die Kompetenz der Schulen stärken

Schon jetzt stellt die BSB den Schulen frei, wie sie einen Block- oder Schichtunterricht organisieren. Das ist gut so, denn nur unmittelbar vor Ort können die adäquaten, an den Schülerbedürfnissen ausgerichteten Entscheidungen getroffen werden, ohne dass damit die Steuerungserfordernisse durch die Behörde außer Kraft gesetzt werden. **Klare Vorgaben und deutliche Spielräume stärken die Verantwortung vor Ort an den Schulen.** Jede Schule hat ihre eigenen Bedingungen, kann möglicherweise auf Zusammenarbeit mit außerschulischen Institutionen zurückgreifen, kann einschätzen, wer und in welchem Umfang für zivilgesellschaftliches Engagement befragt und herangezogen werden kann. Die Aufgaben der Schulen sind außerordentlich herausfordernd. Hierfür brauchen sie Vertrauen, Unterstützung und Ermutigung.